Eine Rechtsakademie für Frauen.

Von Hofrat Professor Dr. Edmund Bernasik.

Wien, 10. November.

Auf Initiative einiger tatkräftiger Männer und Frauen wird in Kürze eine private Rechtsschule für das weibliche Geschlecht ins Leben gerufen werden. Es soll mit dieser Gründung durchaus nicht die nunmehr schon einige Dezennien alte Aktion erjezt oder auch nur gestört werden, welche dem weiblichen Geschlechte den Zutritt zu den juristischen Fakultäten der Universitäten eröffnen w. U. Aber bis sich dieses Ereignis — aller Wahrscheinlichkeit nach erst, nachdem sämtliche zivilisierten Staaten der Welt, Ungarn mit inbegriffen, uns darin vorausgegangen sind — vollzogen haben wird, so lange wollen wir nicht warten. Das Bedürfnis nach juristischer Ausbildung oder wenigstens Vorbildung des weiblichen Geschlechtes ist zu stark und es wächst täglich. Der Bedarf an weiblichen Angestellten in Banken und Kämtern, Advokaturen, Notariatskanzleien, öffentlichen und Privatunternehmungen aller Art wird von Tag zu Tag größer. Immer größer wird die Nachfrage nach solchen Arbeitskräften, welche nicht bloß abschreiben und auf der Maschine schreiben können, sondern auch einige Vorstellungen von den rechtlichen und staatlichen Einrichtungen, von Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Steuerwesen besitzen. Um derlei höher qualifizierte Hilfsarbeiterinnen zu gewinnen, dazu sind einerseits die Universitäten nicht nötig, die in erster Linie der wissenschaftlichen Forschung reserviert sind oder bleiben sollen; auf der anderen Seite braucht dazu auch nicht die Absolvierung eines Gymnasiums oder einer gleichwertigen Mittelschule gefordert zu werden; es wird ein Lyzeum oder eine andere gleichwertige Vorbildung genügen. Mit einem Wort, es soll nicht eine Hochschule, sondern eine Fach-

schule errichtet werden. In dieser Fachschule soll zunächst den Bedürfnissen des praktischen Lebens Rechnung getragen werden. Das Lehrziel ist ein anderes als an den Universitäten. Das erleichtert den Lehrplan außerordentlich. Man wird den ganzen gelehrten rechtshistorischen und rechtsphilosophischen Ballast nicht mitzuschleppen brauchen, welchen man an den juristischen Fakultäten nicht entbehren kann, und man wird trotzdem einiges von den Erfahrungen profitieren können, welche mit dem Studiengang und Studienbetrieb an den Fakultäten — bisher freilich leider fruchtlos — gemacht worden sind. Dabei wird noch der große Vorteil gewonnen: eine solche Anstalt bedarf keiner staatlichen Konzession; denn sie will keinerlei Berechtigungen verschaffen. Sie will Fähigkeiten entwickeln, unterrichten und auf Grund von Prüfungen Zeugnisse ausstellen, von denen die Kreise, welche solch. Gehilfinnen benötigen, schon wissen werden, welchen Wert sie haben. Ist die Anstalt gut, so werden diese Zeugnisse geschätzt werden, auch wenn die Schule eine reine Privatschule ist.

Den Lehrplan denken wir uns folgendermaßen: Die herkömmliche Einteilung in Semester möge wegen der Ferien beibehalten werden. Der Unterricht wird sich auf vier Semester verteilen lassen, die aber allerdings ganz anders ausgeübt werden müssen, als es an den Universitäten üblich ist. Unter dieser Voraussetzung dürften zwei bis drei Stunden täglich genügen; hierfür sind sowohl wegen der Lehrer als auch wegen solcher Schülerinnen, die sich in einem Berufe befinden, die Nachmittagsstunden von 5 bis 8 Uhr in Aussicht genommen. Wir wollen das römische Recht als wertvolle propädeutische Einführungsdisziplin im ersten Semester nicht missen. Gleichzeitig aber soll mit Strafrecht und Prozeß sowie mit Nationalökonomie begonnen werden. An letztere soll sich in den späteren Semestern die Volkswirtschaftspolitik schließen. In diesen sollen ferner Bürgerliches Recht samt Handels- und Wechselrecht sowie das Wichtigste aus dem Zivilprozeß, und Konkursrechte, zuletzt die Anfangsgründe des Staats- und Verwaltungsrechtes sowie der Finanzwissenschaft gelehrt werden.

Damit gedenkt man sich vorläufig zu begnügen. Jedenfalls müssen dem theoretischen Unterricht fortlaufend Uebungen angefügt werden, in welchen konverjatorisch, ferner durch mündliche und schriftliche Besprechung von Rechtsfällen unter Benützung von Urkunden und Akten fogleich die Probe darauf gemacht werden soll, ob und inwieweit das Vorgetragene erfaßt worden ist. Diese Uebungen werden zugleich der Ausbildung in öffentlicher Rede dienen. Hier wird sich der Lehrer alsbald von den Fähigkeiten der Schülerinnen ein richtiges Bild machen. Er kann und muß auf solche Weise eine jede Schülerin persönlich kennen lernen. Natürlich ist bei dieser Art von Lehrbetrieb die Zahl der Hörerinnen in einem Kurse beschränkt und wird 30 bis 40 nicht überschreiten dürfen. Im Bedarfsfalle sind Parallelkurse in Aussicht genommen. Schlußprüfungen vor einer Kommission, eventuell unter Beteiligung von auswärtigen Fachmännern oder Interessenten, werden das Bild vervollständigen. Ueber das Ergebnis sollen Zeugnisse ausgestellt werden, und man kann hoffen, daß dadurch allmählich eine dem Bedürfnisse entsprechende Anzahl von höher qualifizierten Hilfsarbeiterinnen wird herangebildet werden können, welche Anspruch auf höheren Lohn erheben und die Hoffnung hegen dürfen, schließlich in leitende Stellung zu gelangen. In wenigen Wochen soll der erste Kurs beginnen. Davon wird der Öffentlichkeit noch Mitteilung gemacht werden.